

Neudruck

## Gesetzentwurf

des Abgeordneten Péter Vida  
fraktionslos

### Gesetz für mehr direkte Demokratie bei Bürgerentscheiden

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### Artikel 1

#### Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg

In § 15 Absatz 4 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I Nr. 19), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32, S. 23) geändert worden ist, wird die Angabe *"25 vom Hundert"* durch die Angabe *"15 vom Hundert"* ersetzt.

#### Artikel 2

#### Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

#### Begründung:

In weiten Teilen des politischen Raumes wird über die Steigerung der Wahlteilnahmebereitschaft der Bevölkerung diskutiert. Hierbei kommt neben der Entscheidung bei Wahlen auch der Mitbestimmung über Sachfragen durch Abstimmungen ein besonderes Gewicht zu.

Derzeit sieht § 15 Abs. 4 S. 2 BbgKVerf vor, dass ein Bürgerentscheid nur erfolgreich ist, wenn mindestens 25 vom Hundert aller Stimmberechtigten mit Ja stimmen. Hierbei ist zu beachten, dass sich dieses Quorum auf alle Wahlberechtigten bezieht. Wenn sich beispielsweise etwa 48% aller an einer Abstimmung beteiligen, was nach allgemeiner Erfahrung bei Kommunal- und Landtagswahlen ein durchschnittlicher Wert ist, und 52% der Abstimmenden mit Ja votieren, wäre der Bürgerentscheid dennoch gescheitert. Bei einer Wahlbeteiligung von bspw. einem Drittel würde selbst ein Ergebnis von 74% Ja-Stimmen nicht ausreichen.

Datum des Eingangs: 20.02.2015 / Ausgegeben: 11.03.2015

Angesichts insgesamt sinkender Wahlbeteiligungen ist ein Festhalten an der 25%-Hürde unverhältnismäßig. Es erscheint unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten als größeres Defizit, wenn das Votum der Mehrheit der Abstimmenden keine Wirkung entfaltet, als wenn inhaltliche Belange einer aktiven, im Übrigen hinreichend großen Minderheit Umsetzung finden. Denn es ist nicht sachgerecht, die Nichtabstimmenden als Bürger mit einer in der Sache ablehnenden Meinung zu betrachten. Aus der Inaktivität einer Gruppe kann nicht per se und in Gänze auf eine bestimmte, für die Initiatoren eines Bürgerentscheides nachteilige Meinung geschlossen werden. Vielmehr sollte - wie bei klassischen Wahlen auch - Gradmesser grundsätzlich der Teil der Wahlberechtigten sein, der sich an der Sache politisch interessiert zeigt und eine Meinung bildet.

Es ist zutreffend, dass durch einen Bürgerentscheid nicht jede Sachfrage einer Minderheit Durchsetzung finden soll. Andererseits kann das bestehende Quorum *"die Teilnahmebereitschaft an der Abstimmung schmälern und Boykottstrategien von Gegnern des Begehrens erleichtern, da sich die Nichtteilnahme wie eine Neinstimme auswirkt"* (Schumacher in BbgKVerf-Kommentar, § 15, Rn. 15.2).

Daher erscheint zwar die Beibehaltung eines Quorums als notwendig, eine Senkung desselbigen jedoch als angezeigt.

Die Senkung auf 15 vom Hundert gleicht dieses dem der Wahl von Bürgermeistern und Landräten an. Diese bedürfen gemäß § 72 Abs. 2 S. 1 BbgKWahlG zur erfolgreichen Wahl einer Zustimmung von 15% aller Wahlberechtigten.

Bei einer Bürgermeister- oder Landratswahl wird eine Personalentscheidung für 8 Jahre getroffen, die zahlreiche, durch den dann gewählten Hauptverwaltungsbeamten zu treffende Sachentscheidungen nach sich zieht. Bei einem Bürgerentscheid wird nur 1 Sachentscheidung, die nur eine Bindungswirkung für 2 Jahre hat, getroffen.

Wenn bei der wesentlich weiter reichenden Entscheidung die Zustimmung von 15% der Wahlberechtigten ausreichend ist, kann bei der ungleich geringere Wirkung entfaltenden Entscheidung ein Festhalten am Erfordernis einer Zustimmung von 25% nicht damit begründet werden, dass hierdurch wichtige Sachentscheidungen einer politischen Minderheit durchgesetzt würden.

Daher wird vorgeschlagen, das Quorum für Bürgerentscheide an das der Wahl von Bürgermeistern und Landräten anzupassen.

Péter Vida